

## Anregungen Dritter

### Inhalt

1	Rahmenbedingung .....	1
2	Sammlung weiterer/allgemeiner Rückmeldungen .....	1
3	Sektor Wärme.....	2
3.1	Anmerkungen zu W 1 - Senkung des Wärmeenergiebedarfs .....	2
3.2	Anmerkungen zu W 2 - Ausbau der Wärmenetze.....	3
3.3	Anmerkungen zu W 3 - Ersatz von Ölheizungen durch klimaneutrale Heizungen.....	3
3.4	Anmerkungen zu W 4 - Ersatz des Energieträgers Erdgas.....	3
3.5	Anmerkungen zu W 5 - Wohnflächen gewinnen.....	4
4	Sektor Strom.....	4
4.1	Anmerkungen zu S 1 - Senkung des Strombedarfs .....	4
4.2	Anmerkungen zu S 2 - Ausbau der EE-Nutzung bei den Stadtwerken .....	4
4.3	Anmerkungen zu S 3 - Ausbau der Photovoltaiknutzung im Gemeindegebiet.....	5
5	Sektor Mobilität.....	5
5.1	Anmerkungen zu M 1 - Bau der Regionalstadtbahn (inkl. Innenstadtstrecke) .....	5
5.2	Anmerkungen zu M 2 – Einführung des kostenfreien ÖPNV .....	5
5.3	Anmerkungen zu M 3 – Umstellung der Busflotte auf Elektroantrieb.....	5
5.4	Anmerkungen zu M 5 – Aufbau eines flächendeckenden E-Carsharings.....	6
5.5	Anmerkungen zu M 5 - Umverteilung des Verkehrsraums zugunsten des Umweltverbundes 6	
5.6	Anmerkungen zu M 6 - Von der Autostadt zur Stadt der sanften Mobilität.....	6
5.7	Anmerkungen zu M 7 - Parkraumbewirtschaftung ausbauen .....	7
6	Teil B.....	7
6.1	Anmerkungen zu V.VIII. - Klimafreundliche Bau- und Pflégetätigkeiten.....	7
6.2	Anmerkungen zu V.XII. - Ausbau der Umweltbildung.....	7

## 1 Rahmenbedingung

Neben den Stellungnahmen, die auf Aufforderung der Stadtverwaltung von Institutionen eingegangen sind, haben auch weitere Organisationen und Einzelpersonen Rückmeldungen zum Entwurf des Klimaschutzprogramms gegeben. Folgende Synopse spiegelt die eingebrachten Stellungnahmen wider. Die Originalstehungnahmen können der Anlage 4\_1\_Anlage entnommen werden.

## 2 Sammlung weiterer/allgemeiner Rückmeldungen

- Die FDP regt an, unsere intellektuellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten so einzusetzen, um möglichst viele Ressourcen einzusparen. Zudem regt sie an, für den Individualverkehr die Ladeinfrastruktur für Strom beziehungsweise die Tankinfrastruktur für Wasserstoff oder

synthetische Kraftstoffe auszubauen. Zudem spricht sie sich für die Einrichtung eines Tübinger Klimaschutzfonds aus, in welchen Dritte freiwillig für die durch sie verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen Gelder einzahlen und aus dem z. B. Wiederaufforstungsprojekte in Entwicklungsländern oder Energiesparartikel für finanzschwache Haushalte finanziert werden können.

- Die FDP fordert, die Maßnahmenvorschläge auf Umsetzbarkeit zu prüfen und ihre Wirkung in ihrem systemischen Zusammenwirken abzuschätzen.
- Person A schlägt vor, „Freie Freitage für die Zukunft“ ausrufen. Die Freitage sollen weitgehend arbeitsfrei, schulfrei, autofrei und einkaufsfrei sein, sodass die meisten CO<sub>2</sub>-Großemittenten von Donnerstagabend bis Montagmorgen heruntergefahren oder abgeschaltet sind. Die Arbeits-, Material- und Energieeffizienz soll so optimiert werden, dass an den übrigen Wochentagen auch bei gleichbleibenden Tagesarbeitszeiten und steigender Wertschöpfung weniger Emissionen entstehen. Klimaschädliche Aktivitäten sind an Freien Freitagen zu unterbinden, während klimaneutrale und dem Klimaschutz förderliche Aktivitäten erlaubt sind (gefördert durch öffentliche Bildungsmaßnahmen für nachhaltige Entwicklung). Person A fordert zudem, die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossil befeuerten Anlagen schnellstmöglich auf null zu reduzieren.
- Person B schlägt vor, die kommunale CO<sub>2</sub>-Berechnung nicht mit BICO2BW vorzunehmen, sondern ein Stromgutschriftenmodell zugrunde zu legen und das Klimaschutzprogramm auf die Gleichzeitigkeit von Stromerzeugung und Stromverbrauch auszurichten. Sie hält den Entwurf des Klimaschutzprogramms in Teilen für nicht umsetzbar, nicht übertragbar und unwirtschaftlich.
- Person D empfiehlt, den Grenznutzen nicht außer Acht zu lassen. Wenn die Wirtschaft nicht mehr läuft und keine Steuern mehr gezahlt werden, wird man sich die Maßnahmen nicht mehr leisten können und es werden sich soziale Konflikte ergeben. Soziale Spannungen sind durch Umverteilung nur bedingt zu lösen. Aus Sicht von Person D treffen die Maßnahmen dann insbesondere die hart arbeitende Mittelschicht, die nicht nur hohe Steuern zahlt, sondern dann noch zusätzlich höhere Gebühren für Kindergärten oder zukünftig Parkplätze etc. zahlen soll.
- Person E merkt an, dass wir nicht weiterkommen werden, wenn wir immer in der Kategorie „Wirtschaftlichkeit“ denken, da wir bisher auf Kosten anderer und auf Kosten der Natur leben. Jede Umwandlung ist tendenziell "unwirtschaftlich".
- Person E schlägt vor, dass die Grundausrichtung des Programms „mehr Autarkie“ sein muss und dass Verbräuche reduziert werden müssen. Im Entwurf geht es aus Sicht von Person E vor allem um Flächenfraß, Verdichtung beim Wohnraum und Energie von außerhalb. Es fehlen weitere Freizeit- und Grünflächen für Luftqualität sowie für das soziale Miteinander und als Raum für Begegnung.

### 3 Sektor Wärme

#### 3.1 Anmerkungen zu W 1 - Senkung des Wärmeenergiebedarfs

Das Werkstadthaus nennt die energetische Sanierung im Gebäudebestand als die vordringlichste Maßnahme. Hier müssen deutlich mehr Anstrengungen unternommen werden, um die

Eigentümerinnen und Eigentümer zur Sanierung zu motivieren (z. B. kommunale Förderprogramme und Auszeichnungen). Zudem sind Bebauungspläne und baurechtliche Festsetzungen auf Hemmnisse zu überprüfen und gemeinsam mit dem Bauhandwerk kommunale Strategien zur kostengünstigen Sanierung zu entwickeln (z.B. gemeinsame Ausschreibungen, aktive Kommunikation und freiwillige Mitarbeit auf Quartiersebene).

Person B schlägt vor, den Wärmebedarf kontinuierlich durch jährliche Gebäudesanierungen um 25% zu senken. Hierzu sollen auch die Wärmeübergabestationen (in Wärmenetzen) saniert werden.

Person E gibt zu bedenken, dass Geräusche von Lüftungsanlagen belästigen können und dass durch superdichte Fenster kein Vogelgezwitscher zu hören ist. Zudem brauchen Lüftungsanlagen direkt und indirekt Energie und es wird gefragt, ob die Luft aus Lüftungsanlagen gesund sei.

### 3.2 Anmerkungen zu W 2 - Ausbau der Wärmenetze

Person B schlägt vor, die Wärmeabgabe in den bestehenden Wärmenetzen um 50% zu erhöhen und neue Wärmenetze mit einer Wärmeabgabe von 270 Gigawattstunden zu errichten. Diese neuen Wärmenetze sollen anstelle der rückgebauten Erdgas-Netze errichtet werden (siehe W 4). Zudem sollen an allen Erzeugungsanlagen größere Wärmespeicher errichtet werden.

Person C schlägt vor, neue niedrig temperierte Wärmenetze zu bauen, welche die Wärme aus dem Grundwasser beziehen und die Gebäude mit einer Wärmepumpe (statt wie mit Übergabestation) auszustatten.

Person D spricht sich für den Anschluss- und Benutzungszwang für Neubauquartiere und anliegende Altbaugelände aus.

Person E fragt, woher die Wärme kommen soll und sieht in der Fernwärme die Abhängigkeit von externer Erzeugung, die jedoch verringert werden sollte.

### 3.3 Anmerkungen zu W 3 - Ersatz von Ölheizungen durch klimaneutrale Heizungen

Person B spricht sich für den vollständigen Rückbau aller Öl- und Gaskessel bis 2030 aus. Für Bereiche, wo ein Anschluss an ein bestehendes oder neues Wärmenetz nicht möglich ist, sind monovalente Kleinwärmepumpen mit einer jährlichen Wärmeleistung von 50 Gigawattstunden vorgesehen. Solarthermie und Biogas sollen keine Anwendung finden.

Person D hält ein Verbot von Öl- oder Gasheizungen für bedenklich, sofern die Alternativangebote das Wohnen weiter verteuern würden.

Person E fragt nach Herkunft und Folgen der Biomasse-Nutzung (z.B. Entmineralisierung der Böden, Gefährdung der Artenvielfalt).

### 3.4 Anmerkungen zu W 4 - Ersatz des Energieträgers Erdgas

Das Werkstadthaus lehnt Solarthermieanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen und die Intensivierung der Biogaserzeugung zum Schutz der regionalen Erzeugung von Nahrungsmitteln ab. Alternativen wie Erdgas-betriebene BHKWs und elektrisch-betriebene Wärmepumpen sind zu prüfen.

Person B schlägt vor, die direkte Verbrennung von Erdgas zu reduzieren und das Erdgasnetz zurückzubauen. Zudem wird vorgeschlagen, neue Erdgas-betriebene Blockheizkraftwerke (Erhöhung der BHKW-Leistung in Tübingen von 28 auf 68 Megawatt) zu errichten, mit denen bei Vollast der gesamte Tübinger Strombedarf gedeckt werden könnte. Zudem sollen unterbrechbare Wärmepumpen mit einer thermischen Gesamtleistung von 32 Megawatt eingesetzt werden. Biomasse soll rund 150 GWh/a an Wärme liefern. Zudem wird der Verzicht auf Freiflächen-Solar-Anlagen sowie der Verzicht auf Solarthermie insgesamt, Biogas und Synthesegas (bis 2030) vorgeschlagen.

Person C schlägt vor, im Neckartal rund 270 Hektar an Agro-Solarthermieanlagen und 30 Hektar an Solarthermieanlagen auf Seen zu errichten und die gewonnene Wärme in das Grundwasser einzuspeisen. Dadurch soll ein sehr großer, saisonaler Wärmespeicher im Neckartal (Aquifer-Wärmespeicher) entstehen, aus dem an anderer Stelle via Großwärmepumpen oder kleineren Wärmepumpen Energie entzogen werden kann. Um das Speichervolumen zu erhöhen und den Grundwasserspiegel zu stabilisieren wird optional ein „unterirdischer Staudamm“ vorgeschlagen.

Person E sieht einen Stromüberschuss aus Sonne und Wind, welcher in Synthesegas umgewandelt, gespeichert oder exportiert werden kann. Dadurch sei weniger landwirtschaftliche Fläche für die Biomasse-Herstellung vonnöten.

### 3.5 Anmerkungen zu W 5 - Wohnflächen gewinnen

Das Werkstadthaus fordert, dass Quartiere auch nach einer Verdichtung noch lebenswert bleiben müssen. Stadtteilinitiativen sind miteinzubeziehen.

Person D spricht sich für Anreizsysteme anstelle von z. B. Zwangsmaßnahmen (Baugebote) oder einer Festlegung von maximalen Wohnflächen pro Person aus.

Person E empfiehlt die wirtschaftliche Förderung von Nord-Ost-Deutschland und ländlichen Regionen in Baden-Württemberg anstelle den Zuwachs in Tübingen mit der Bebauung von Baulücken zu fördern.

## 4 Sektor Strom

### 4.1 Anmerkungen zu S 1 - Senkung des Strombedarfs

Das Werkstadthaus fordert, wenn die Einsparpotenziale beim Strom so gut wie ausgenutzt sind, dann dürfen Konsum, Wirtschaft und auch Bevölkerung nicht mehr weiterwachsen.

Person E empfiehlt das Hauptaugenmerk auf die Senkung des Strombedarfs zu legen.

### 4.2 Anmerkungen zu S 2 - Ausbau der EE-Nutzung bei den Stadtwerken

Das Werkstadthaus weist darauf hin, dass der Zukauf von EE-Anlagen außerhalb des Gemeindegebiets Tübingen die Chancen anderer Gemeinden auf wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahmen vermindert. In der Summe zeigen solche Maßnahmen laut Werkstadthaus keine Wirkung für die CO<sub>2</sub>-Einsparung.

Person B schlägt vor das Ausbauziel für den EE-Ausbau der Stadtwerke auf 364 GWh/a zu reduzieren.

Person E spricht sich für die Energie-Autarkie aus (weg von Globalisierung und Fremdausbeutung hin zu Autarkie).

#### 4.3 Anmerkungen zu S 3 - Ausbau der Photovoltaiknutzung im Gemeindegebiet

Das Werkstadthaus lehnt PV-Freiflächenanlagen (inkl. Agro-PV-Anlagen) ab (siehe auch W 4).

Person A schlägt vor, ergänzend mehrere Batterie-Großspeicher aufzubauen.

Person B schlägt vor, das Ziel des PV-Ausbaus auf 117 GWh/a zu senken (entspricht Ausbauziel von 117 MW-peak).

Person D erachtet den Ausbau der Photovoltaik und der Windkraft für sinnvoll.

Person E schlägt vor, dass auf den PV-überdeckten Parkplätzen tagsüber E-Autos geladen werden.

## 5 Sektor Mobilität

### 5.1 Anmerkungen zu M 1 - Bau der Regionalstadtbahn (inkl. Innenstadtstrecke)

Das Werkstadthaus schreibt, dass die Stadtbahn sowohl den Pendlerinnen und Pendlern als auch der Tübinger Bürgerschaft Vorteile und keine Verschlechterungen bringen sollte, z. B. durch die Beibehaltung der umstiegsfreien Verbindung Südstadt - Kliniken. Die Alternative, die Innenstadtstrecke über die Außenbereiche zu führen, ist zu prüfen und in den Bürgerentscheid einzubringen.

Person D steht den hohen Investitionen bei der Regionalstadtbahn skeptisch gegenüber.

Person E lehnt die Innenstadtstrecke ab, sieht Gefahren für Radelnde durch Schienen und fragt nach dem Stand der Alternativenprüfung. Sie spricht sich für Oberleitungsbusse aus.

### 5.2 Anmerkungen zu M 2 – Einführung des kostenfreien ÖPNV

Die FDP unterstützt den Verwaltungsvorschlag M 2 II. und regt gleichfalls Tangential- oder Ringlinien sowie eine Taktverdichtung an (tagsüber und abends mit maximal 10 oder 15 Minuten). Bei Umsetzung der Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn sollen die dann frei werdenden Buskapazitäten zur weiteren Taktverdichtung eingesetzt werden.

Person A schlägt im Falle der Einführung der „Freien Freitage für die Zukunft“ vor, den ÖPNV freitags auf den Feiertags- bzw. Wochenendfahrplan zu reduzieren.

Person E lehnt den kostenfreien ÖPNV ab. Stattdessen flexible Linien, die alle Stadtteile gut versorgen. Die Ticketpreise sollten jedoch attraktiver werden.

### 5.3 Anmerkungen zu M 3 – Umstellung der Busflotte auf Elektroantrieb

Person D hält die Maßnahme für sehr sinnvoll (auch in Bezug auf die Luftqualität).

#### 5.4 Anmerkungen zu M 5 – Aufbau eines flächendeckenden E-Carsharings

FDP regt an, unkomplizierte Tarife für gelegentliche Nutzer im Carsharing zu schaffen. Zudem regt die FDP an für Leih-E-Roller in Quartieren und an ÖPNV-Knotenpunkten feste Abstellplätze einzurichten.

Person D empfiehlt kein Engagement der Stadt für das Carsharing, da Carsharing oft kein wirtschaftlich tragfähiges Geschäftsmodell sei.

#### 5.5 Anmerkungen zu M 5 - Umverteilung des Verkehrsraums zugunsten des Umweltverbundes

Die FDP unterstützt den Verwaltungsvorschlag M 5 III. und regt gleichfalls die Aufhebung des Einbahnstraßenrings um den Alten Botanischen Garten an.

Das Werkstadthaus fordert, dass diese Maßnahme nicht auf die Altstadt beschränkt werden darf, sondern flächendeckend angegangen werden sollte, denn mehr Raum für den Umweltverbund ermöglicht auch mehr Raum für soziales Miteinander.

Person E unterstützt die Maßnahme zum Ausbau eines möglichst getrennten Rad- und Fußwegenetzes sehr. Die Maßnahmen (z. B. Mühlstraßensperrung) dürfen aber nicht zulasten anderer Stadtbereiche gehen.

#### 5.6 Anmerkungen zu M 6 - Von der Autostadt zur Stadt der sanften Mobilität

Die FDP regt an, an den Einfallstraßen kostenlose/sehr günstige Park&Ride-Parkplätze anzubieten, die eng getaktet an wichtige städtische Ziele angebunden sind. Mögliche Standorte: Festplatz, Lustnauer Bahnhof, Bereich Handwerkerpark/Sindelfinger Straße.

Die FDP regt an, dem Beispiel der Londoner "Oyster Card" (RFID-Karte) zu folgen, wodurch für die ÖPNV-Nutzung immer nur der jeweils günstigste Tarif berechnet wird. Zudem soll das bewegt-Tarifsystem aktiv unterstützt werden, sodass ÖPNV-Fahrten in die Region erleichtert werden.

Eine weitere Anregung der FDP beinhaltet das Angebot von zentral gelegenen Lagermöglichkeiten für die Zwischenlagerung von Einkäufen, Mänteln etc. zur Stärkung der ÖPNV-Nutzung. Zudem sollen Lieferdienste angeboten werden, die schwere oder sperrige Einkäufe aus den zentral gelegenen Lagermöglichkeiten im Zuge von Sammeltouren mehrmals am Tag innerhalb der Stadt ausliefern.

Die FDP regt an, die vielen Lücken im Radwegenetz zu schließen, das bestehende Radverkehrskonzept deutlich zu erweitern und umzusetzen (sehr viel stärkerer Radwegeausbau). Zudem sollten in den Bussen größere Flächen/Bereiche für die (stehende oder hängende) Fahrradmitnahme bereitgestellt und bestimmte Bergaufstrecken kostenlos für Fahrradfahrende angeboten werden.

Die FDP geht davon aus, dass sich bei ausreichend Alternativen der PKW-Verkehr merklich reduziert und die Innenstadt als einheitliche verkehrsberuhigte Zone ausgewiesen werden kann. Innerhalb der verkehrsberuhigten Innenstadtzone könnte der Aufenthalt für Nichtanlieger mit dem PKW zeitlich eng begrenzt werden (15 oder 30 Minuten).

Der Radentscheid schlägt die Erhöhung der Mittel für den Radverkehr auf 100€ pro Einwohner, eine schnelle Besetzung der vakanten Planerstellen, die Entwicklung einer transparenten

Beteiligungsplattform nach dem Vorbild von FixMyBerlin und die Einrichtung eines durchgängig erreichbaren Scherbentelefon vor.

Person A schlägt vor, dass freitags nur durch Körperbewegung oder Elektromotoren angetriebene Fahrzeuge auf öffentlichen Straßen sind.

Person E spricht sich für diese Maßnahme aus und schlägt zudem vor, statt Geschwindigkeitsbeschränkungen eine Begrenzung für Gewicht und Spritverbrauch pro PKW in der Stadt einzuführen.

## 5.7 Anmerkungen zu M 7 - Parkraumbewirtschaftung ausbauen

Das Werkstadthaus fordert, diese Maßnahme zügig in ganz Tübingen umzusetzen. Bei der geplanten Bürgerbefragung zum kostenlosen ÖPNV sollten zudem alle gesellschaftlichen Gruppen in die Formulierung der Vor- und Nachteile einbezogen werden.

Person D hält eine deutliche Erhöhung der Parkgebühren in Verbindung mit P&R-Konzepten und Partizipation am ÖPNV für sinnvoll. Die Gebührenordnung sollte einfach gehalten werden.

## 6 Teil B

### 6.1 Anmerkungen zu V.VIII. - Klimafreundliche Bau- und Pflegetätigkeiten

Das Werkstadthaus sieht akkubetriebene Arbeitsgeräte kritisch. Es spricht sich für mehr Menschen in Arbeit bei weniger Maschineneinsatz aus.

### 6.2 Anmerkungen zu V.XII. - Ausbau der Umweltbildung

Das Werkstadthaus fordert fachkundige Gruppen, die sich mit Konsum auseinandersetzen, in die Umsetzung des Klimaschutzprogramms einzubeziehen.